

## **Protokoll Nr. 18 (2019-2023) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen**

Sitzungstag: 11.02.2021      Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr      Sitzungsende: 22:04 Uhr      Sitzungsart- u. ort (Hybrid)  
Ortsamt Hemelingen  
Godehardstraße 19

---

### Vom Ortsamt

Jörn Hermening  
Silke Lüerssen (online)

### Vom Beirat

Ralf Bohr (online)  
Angelika Brand (online)  
Rainer Conrades  
Hans-Peter Hölscher (online)  
Herr Heinz Hoffhenke  
Uwe Jahn (online)  
Uwe Janko (online)  
Carsten Koczwarra (online)  
Dr. Christian Kornek (online)  
Beata Linka (online)  
Christian Meyer (online)  
Sezer Öncü (online)  
Waltraut Otten (online)  
Harry Rechten  
Herr Gerhard Scherer  
Hannelore Sengstake (online)  
Wolfgang Rabe (online)  
Nurtekin Tepe (online)

### Vom Jugendbeirat

Franjo Gießel (online)  
Lukas Zange (online)

### Referent:innen (alle online)

Sebastian Mannl, (Amt für Straßen und Verkehr),  
Markus Ernst, Sönke Zulauf (Autobahn GmbH),  
Stellan Teply (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und  
Wohnungsbau),  
Ellen Irrsack (Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)  
Lüder Kastens (Union Brauerei Bremen GmbH)

sowie weitere Teilnehmende (online)

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2021 und Rückmeldungen**

**TOP 2: Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

**TOP 3: Antrag der Grünen zum TOP " Vorstellung des Geruchsgutachtens Könecke-  
Coca-Cola-Gelände " vom 14.01.2021**

**TOP 4: Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau**

**TOP 5: Lärmschutz Autobahnzubringer und A1**

**TOP 6: Vorstellung der Planungen für Gastronomie und Weiteres im Gebäude von  
Wilkens-Silberwaren**

**TOP 7: Beiratsverschiedenes**

Jörn Hermening eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden. Er teilt mit, dass aufgrund eines gerichtlichen Beschlusses eine Änderung der Geschäftsordnung des Beirates erforderlich war. Der Änderungsantrag wurde allen Beiratsmitgliedern zugesandt.

Auf seine Frage, ob der Beirat dazu einen Aussprachebedarf habe, antwortet Ralf Bohr, dass er der Öffentlichkeit im Folgenden gerne erklären möchte, warum eine Änderung der Geschäftsordnung notwendig ist. Durch die Klage eines Beiratsmitgliedes, der sich in seinen Rechten beeinträchtigt sah, wurde durch den Beschluss des Verwaltungsgerichtes<sup>1</sup> dem Beirat Hemelingen aufgegeben, dass im Koordinierungsausschuss, der nach dem Orts- und Beirätegesetz (OBG) nicht-öffentlich tagt, keine Sachberatungen- und -entscheidungen stattfinden dürfen. Im Koordinierungsausschuss habe eine gute Vorbereitung auf die Beiratssitzungen stattgefunden. Es wurden kollegiale Gespräche geführt, man habe u. a. Anträge zusammenführen und sich auf gemeinsame Anträge verständigen können. Dies sei nunmehr nicht mehr möglich, da diese Beratungen nunmehr auf Beiratssitzungen zu erfolgen haben. So konnte auf der gestrigen Koordinierungsausschusssitzung keine inhaltliche Diskussion geführt werden. Dies erschwere die Durchführung einer Sitzung ungemein. Für Beiratssitzungen ist regelmäßig eine Sitzungsdauer von bis zu 3 Stunden vorgesehen. Er habe die Befürchtung, dass in dieser Zeit nicht alle Themen durchgenommen werden können und die Handlungsfähigkeit des Beirates durch diesen Vorgang, den Uwe Janko auf den Weg gebracht hat, momentan erheblich eingeschränkt wird.

Jörn Hermening teilt mit, dass er die Erklärung von Ralf Bohr als persönliche Stellungnahme werte, da unter TOP 7 die inhaltliche Diskussion zum besagten Beschluss des Verwaltungsgerichtes erfolgen solle.

Uwe Janko entgegnet, dass das Gericht auf Grundlage des geltenden Gesetzes entschieden habe. Er verweise auf andere Beiräte, bei denen es auch funktionieren würde.

Nurtekin Tepe teilt in der nachfolgenden persönlichen Stellungnahme mit, dass Uwe Janko, der sich vorher inhaltlich zu Themen im Ausschuss äußern, um so ggfs. das Ergebnis der Diskussion beeinflussen konnte, dies nun nicht mehr könne und daher „eigentlich gar nicht mehr zu den Sitzungen dieses Ausschusses kommen brauche“.

Jörn Hermening lässt über die Änderung der Geschäftsordnung des Beirates (siehe Anlage 1 gelb markiert) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Jörn Hermening fragt anschließend die Beiratsmitglieder, ob sie mit dem Vorschlag der versandten Tagesordnung einverstanden sind. Da zum mit der Einladung versandten Vorschlag zur Tagesordnung von den Beiratsmitgliedern keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche geäußert werden, wird dieser als Tagesordnung beschlossen.

---

<sup>1</sup>Verwaltungsgericht der Freien Hansestadt Bremen - 1 V 1383/20, organschaftlicher Kommunalverfassungsverstreit nach dem OBG, Beschluss vom 25.01.2021

Siehe unter

[www.verwaltungsgericht.bremen.de/entscheidungen/detail.php?gsid=bremen73.c.22021.de&asl=bremen73.c.13039.de](http://www.verwaltungsgericht.bremen.de/entscheidungen/detail.php?gsid=bremen73.c.22021.de&asl=bremen73.c.13039.de)

## **TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2021 sowie Rückmeldungen**

Die Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2021 wird auf die nächste Sitzung des Beirates verschoben.

### Rückmeldungen auf Bürger\*innennanliegen/Informationen

Rainer Conrades hatte auf der Beiratssitzung am 14.01.2021 in Ergänzung seiner Frage vom 01.10.2020 zu den Belegungszahlen im Übergangwohnheim in der Stolzenauer Straße noch um Mitteilung gebeten, ob es möglich ist, dort den geforderten Mindestabstand (Corona-regelkonform) einzuhalten.

Antwort aus dem Übergangwohnheim: Quarantäneregulungen sind bei Bedarf einfach umzusetzen, da es Apartments gebe, in denen sich eine Familie oder Einzelpersonen aufhalten. Je zwei Apartments teilen sich eine Küche im Vorraum. Auf den Fluren gebe es eine Maskenpflicht. Das Übergangwohnheim dürfe nur von Bewohner:innen und den dort arbeitenden Personen betreten werden – Fremde / Besucher:innen dürfen zurzeit nicht ins Wohnheim.

### Rückmeldungen auf Beiratsbeschlüsse

#### Liste über die Auswahl der Sanierungsmaßnahmen - Radwege (Amt für Straßen und Verkehr, ASV)

Die Liste liegt dem Ortsamt noch nicht vor. Im Fachausschuss „Bau, Mobilität und Klimaschutz“ soll daher eine eigene Liste von Örtlichkeiten erstellt werden, die der Beirat für sanierungsbedürftig hält.

#### FFP2-Masken für einkommensschwache Personen in Hemelingen

Nachfolgender Beschlussvorschlag wurde dazu im Beirat per Umlaufverfahren zur Abstimmung gestellt:

*Die Gefahr einer Infektion mit dem Coronavirus und einer Erkrankung an Covid 19 ist immer noch sehr hoch. Es steht zu befürchten, dass die Verbreitung der Mutante zu noch höheren Infektionszahlen führen kann. Daher fordert der Beirat Hemelingen vom Senat, dass die einkommensschwachen Bürger\*innen in Hemelingen mit kostenlosen FFP2 Masken versorgt werden. Zu den einkommensschwachen Bürger\*innen zählt der Beirat nicht nur Bezieher\*innen von Grundsicherungsleistungen, sondern auch Beschäftigte mit geringen Einkommen, z. B. Teilzeitbeschäftigte, Bezieher\*innen von Kurzarbeitergeld (60/67%), prekär Beschäftigte.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

Antwort der Senatskanzlei: *Der Senat hat eine Verteilung von fünf kostenfreien FFP2-Masken an alle Bürger\*innen des Landes Bremen ab einem Alter von 16 Jahren beschlossen. Der Senat hat der Finanzierung der Masken und ihrer Verteilung aus dem Budget für hygienische Infrastruktur, Bremen-Fonds (PPL 95), zugestimmt. Der Landeskrisenstab wurde gebeten, die Verteilung der Masken aus dem Lagerbestand des*

*Landes Bremen unter Einbeziehung des Senators für Finanzen, des Senators für Inneres, der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie des Magistrats Bremerhavens umgehend umzusetzen.*

#### Überarbeitung der Landesbauordnung

Der zugehörige Beschluss wurde auf Beiratssitzung am 19.11.2020 gefasst. Die nachstehenden Antworten von der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, dem Senator für Inneres, der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sind eingegangen:

Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa: *Unter Punkt b. seines Beschlusses vom 19.11.2020 hatte der Beirat den Senat aufgefordert, in Hemelingen eine Beratungsstelle für Leiharbeiter:innen und Monteure einzurichten. Hintergrund waren Berichte von Bürger:innen über Wohnimmobilien, in denen Firmen bis zu 30 Arbeiter:innen in räumlicher Enge unterbringen würden. Es wurde zudem vorgetragen, dass es vor dem Hintergrund von Verständnisschwierigkeiten mit den vermutlich aus Osteuropa stammenden Personen zu Problemen in der Nachbarschaft gekommen sei. Wir haben Ihr Anliegen aufgegriffen und Kontakt mit den einschlägigen Beratungsstellen im Land Bremen:*

- *BINNEN-Plus – Beratung für neuzugewanderte EU-Bürger:innen (angesiedelt Verein für Innere Mission Bremen)*
- *Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBA, angesiedelt bei Arbeit und Leben e. V.)*

*aufgenommen.*

*Von BINNEN-Plus haben wir die Nachricht erhalten, dass bereits seit Ende September 2020 Kontakte zum Ortsamt Hemelingen in dieser Sache bestünden. Als Ergebnis sei das Angebot einer Unterstützung der Institutionen vor Ort in Form einer Konflikt-Mediation durch eine Beraterin als geschulte Mediatorin gemacht worden. Weitere Überlegungen hierzu sollten nach Klärung der baurechtlichen Fragestellungen erfolgen.*

*In den vergangenen Wochen gab es zudem einen intensiven Austausch der Beratungsstellen BINNEN – Plus und MoBA zu den Möglichkeiten einer Beratung vor Ort. Folgendes Vorgehen erscheint diesem vor Hemelingen vorstellbar:*

- *Nach Einschätzung der Fachberatungsstellen handelt es sich bei der dem Beiratsbeschluss zu Grunde liegenden prekären Wohnsituation in erster Linie um eine soziale Problemstellung, so dass die Unterstützung von BINNEN – Plus Vorrang hat.*
- *Sollten sich Frage- und Problemstellungen rund um die Arbeitssituation Betroffener ergeben, wird zusätzlich die zuständige Ansprechpartnerin bei MoBA eingebunden. So kann den Ratsuchenden umfassend und aus einer Hand geholfen werden.*
- *Im Bedarfsfall könnte eine Beratung in den Räumlichkeiten in der Christernstraße organisiert werden.*

*Da angesichts des geltenden Corona-Lockdowns Präsenzberatungen aktuell nicht möglich sind, bietet MoBA zusätzlich an, in den betroffenen Immobilien gezielt durch mehrsprachige Flyer über telefonische Beratungsstellen zu informieren.*

*Für weiterführende Fragen stehen Ihnen bei BINNEN-Plus*

- *Frau Ianeva (Tel. 0170 217 61 45, [ianeva@inneremission-bremen.de](mailto:ianeva@inneremission-bremen.de)) und*
- *Herr Tscheu (Tel. 0421 98 96 62-63, [thomas-tscheu@inneremission.bremen.de](mailto:thomas-tscheu@inneremission.bremen.de)) bei MoBA*
- *Frau Vladimirova (Tel. 0152 246 430 48, [e.vladimirova@aulbremen.de](mailto:e.vladimirova@aulbremen.de))*
- *Herr Tanneberg (Tel. 0421 960 89 15, [j.tanneberg@aulbremen.de](mailto:j.tanneberg@aulbremen.de))*

*zur Verfügung.*

*Ich hoffe, dass das Hilfsangebot von BINNEN Plus und MoBA vor Ort dazu führen wird, dass Vorurteile abgebaut, faire Beschäftigung gestärkt und Konflikte im Quartier reduziert bzw. vermieden werden können. Insbesondere möchte ich Sie aber bestärken, die Möglichkeit der Konflikt-Mediation zu nutzen.*

*Zu weiteren Beschlüssen des Beirates (insb. Wohnungsaufsicht, Bauordnung) werden Sie sicherlich aus den fachliche zuständigen Ressorts eine Rückmeldung erhalten.*

*Senator für Inneres: ...vielen Dank für die Übersendung des obengenannten Beiratsbeschlusses, mit dem unter anderem der Senator für Inneres aufgefordert wird*

- 1. die Koordinierungsstelle zum Wohnungsaufsichtsgesetz schnellstens umzusetzen, damit eine optimale Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ordnungsamt und Bauordnungsamt im Hemelingen gewährleistet sein kann,*
- 2. in Hemelingen Beratungsstellen für ausländische Leiharbeiter:innen / Monteure einzurichten sowie*
- 3. Vermieter:innen, die an Monteure oder Leiharbeiter:innen ihre Häuser/Wohnungen vermieten zu verpflichten, genügend Raum für diese zur Verfügung zu stellen und ihre Mieter:innen darauf hinweisen, welche Regeln einzuhalten sind.*

*Der Beirat Hemelingen fordert zudem die zuständigen Deputationen und die Bürgerschaft auf, die Mindeststandards aus dem Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetz (BremWAG), unter anderem in Bezug auf die Wohnfläche pro Person aus § 8, in die Landesbauordnung zu übernehmen und in zukünftigen Baugenehmigung auf die maximale Belegung und Konsequenzen aufgrund von Verstößen hinzuweisen.*

*Bürger:innen aus Hemelingen würden berichten, dass zunehmend Wohnhäuser an Firmen vermietet werden, in denen dann bis zu 30 Personen menschenunwürdig untergebracht werden. Es sei häufig nur ein Badezimmer für alle Personen vorhanden. Die Mieter:innen kämen für einige Monate u. a. aus dem osteuropäischen Raum zum Arbeiten, könnten sich überwiegend nur in ihrer Landessprache verständigen und würden nicht immer die Regeln kennen, die hierzulande üblich seien. Dies sorgte teilweise für Ärgernisse in der Nachbarschaft. Vermieter:innen kümmerten sich häufig nicht um diese Probleme und informieren ihrerseits selten über Regeln. Es entstehe der Eindruck, dass Vermieter:innen sich nur bereicherten. Es müsse sehr zeitnah Hilfe angeboten werden. Insbesondere sollten Änderungen in der Gesetzgebung, z. B. im Baurecht, umgesetzt werden und es nicht zu Auseinandersetzungen zwischen Beteiligten kommt.*

*Ich begrüße Ihren Vorstoß insgesamt und kann zu Punkt 1 mitteilen, dass das Auswahlverfahren zur Besetzung der Koordinierungsstelle, die beim Ordnungsamt Bremen*

*angesiedelt ist, abgeschlossen ist und die Stelle voraussichtlich im Frühjahr 2021 besetzt werden wird.*

*Das Ziel ist, sodann umgehend in die Koordinierung mit den beteiligten Stellen einzusteigen und insbesondere die auch vom Beirat geschilderten Fälle der Überbelegung von Wohnungen in den Fokus zu rücken. Dabei soll, wie unter Punkt 3 gefordert, verstärkt darauf gewirkt werden, dass die Vorgaben des Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetzes eingehalten werden.*

*Sollten Sie oder der Beirat bereits jetzt Kenntnisse hinsichtlich konkreter Fälle haben, in denen die Vorgaben des Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetzes nicht eingehalten werden, könne Sie sich bereits jetzt an das Ordnungsamt wenden. Entsprechenden Hinweisen wird nachgegangen.*

*Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport:....nach Rücksprache mit der Fachabteilung liegt die Zuständigkeit nicht bei SJIS. Unseres Erachtens müsste SKUMS (Bauordnung) und SI (Wohnungsaufsichtsgesetz) zuständig sein.*

*Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau: ....die Zuständigkeit für das BremWAG liegt beim Senator für Inneres.*

Beschluss vom 10.12.2020 "Ausstattung der Klassenräume mit Luftfiltern u. Vorstellung eines Konzeptes zum Distanzunterricht" (per Umlaufverfahren)

Der FA „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“ hat per Umlaufverfahren den nachfolgenden Antrag beschlossen:

*Der Beirat Hemelingen fordert die zuständige senatorische Behörde auf schnellstmöglich alle Klassenräume im Stadtteil Hemelingen, die nicht ausreichend belüftbar sind, mit wirksamen Luftfiltern auszustatten und die dafür notwendigen Gelder - ggf. aus dem Bremen-Fonds - bereit zu stellen.*

*Der Beirat Hemelingen fordert die zuständige senatorische Behörde auf, dem Stadtteilparlament, den betroffenen Familien und Lehrkräften schnellstmöglich das Konzept zum Distanzunterricht zu präzisieren hinsichtlich:*

- der arbeitszeitlichen Umsetzung*
- den inhaltlichen Vorgaben*

*Der Beirat Hemelingen fordert, das Konzept zu erweitern und digitale Unterrichtsmaterialien für die Lehrkräfte und Schüler\*Innen bereitzustellen.*

Antwort der Senatorin für Kinder und Bildung: ... vielen Dank für die Übermittlung des Beschlusses vom 10.12.2020.

*Zu diesem Thema hat sich die Bremische Bürgerschaft Landtag am 18. November 2020 befasst.*

*Erlauben Sie mir, Ihnen daher die Antwort der Frage in der Fragestunde als Stellungnahme zu senden, da es sich hier um ein übergreifendes Thema handelt.*

*Bislang gibt es noch keine Empfehlungen des RKI zum Einsatz von Luftreinigungsgeräten.*

*Es liegen lediglich erste Einschätzungen des Umweltbundesamtes und verschiedener Hochschulen vor.*

*Die Grundhaltung zum Einsatz der Luftreinigungsgeräte als unterstützende Maßnahme hat weiter Bestand. Zwischenzeitlich wurden Abfragen und Beratungen an den Schulen, auch im Stadtteil Hemelingen, durchgeführt. Mit Stand 29.01.2021 sind stadtweit über 400 Luftfiltergeräte in unterschiedlicher Größe im Einsatz. Mit dem Einsatz werden nicht optimale Lüftungsvoraussetzungen unterstützt bzw. kompensiert. An den Schulen in Hemelingen sind bedingt durch gute Lüftungsmöglichkeiten keine Luftreinigungsgeräte im Einsatz. Sollte sich ein Bedarf ergeben, so können umgehend Anträge gestellt werden. Im Bremen Fonds stehen hierfür Mittel zur Verfügung.*

*Die Auslieferung der Tablets ist mittlerweile erfolgt. Bremen ist das einzige Bundesland, das eine so umfängliche Ausstattung von Schüler\*innen und Lehrkräften umgesetzt hat. Für alle*

*Lehrkräfte besteht ein umfangreiches Fortbildungsprogramm, das laufend erweitert und angepasst wird. Dieses wird sehr gut angenommen. Allerdings benötigen die Lehrkräfte ebenso wie die Schüler\*innen Zeit, sich die zusätzlichen Kompetenzen neben ihrer Unterrichtsverpflichtung anzueignen.*

*Sicherlich wird es auch in Anbetracht dieser enormen Herausforderung weitere Nachbesserungen z.B. im Bereich der Softwareausstattung geben. Für die digitale Unterstützung sind bereits mehrere zusätzliche Stellen geschaffen worden.*

Für die digitale Einordnung wurde der Deputation für Bildung der Orientierungsrahmen "Bildung in der digitalen Welt" bereits am 21. August 2017 vorgelegt. Weitere Hinweise zum Digitalen Unterricht entnehmen Sie bitte dem Rahmenkonzept für Schulen (<https://bildung.bre-men.de/sixcms/media.php/13/Rahmenkonzept.pdf>) und den Handreichungen für das Distanz-lernen und den Hybridunterricht sowie den Info-Schreiben auf der Internetseite der Senatorin für Kinder und Bildung:

- Lernsituationen in Präsenz und Distanz gestalten und verknüpfen: Handreichung für Lehrkräfte und Schulleitung ([https://bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Handreichung\\_Praesenz\\_Distanzlernen.pdf](https://bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Handreichung_Praesenz_Distanzlernen.pdf)),
- Hinweise für den Distanzunterricht mit itslearning ([https://bildung.bre-men.de/sixcms/media.php/13/Hinweise\\_Distanzunterricht.pdf](https://bildung.bre-men.de/sixcms/media.php/13/Hinweise_Distanzunterricht.pdf)) und
- Hinweise für Mikrofortbildungen ([https://bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Praxisleitfaden\\_Mikrofortbildungen.pdf](https://bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Praxisleitfaden_Mikrofortbildungen.pdf)).

Der Beirat nimmt von den vorgenannten Rückmeldungen Kenntnis.

## **TOP 2 Fragen, Wünsche, Anregungen in Stadtteilangelegenheiten**

Manfred Kröger: *Als Anwohner der Hügelstraße melde ich mich heute bei Ihnen zur vorgenannten Wegeverbindung.*

*Seit der Eröffnung des vorgenannten Weges beobachten meine Frau und ich, dass auch Reiterinnen und Reiter vermehrt den Weg nutzen. Leider mit den entsprechenden Exkrementen der Tiere auf dem Weg. Man kann sagen, dass der gesamte Weg mit "Pferdeäpfeln" übersät ist. Das ist sowohl für Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere für Eltern mit ihren Kindern, als auch für Radfahrerinnen und Radfahrer nicht sehr schön.*

*Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Weg ausschließlich Fußgängerinnen und Fußgängern sowie Radfahrerinnen und Radfahrern vorbehalten ist (Vorschriftzeichen 240 - gemeinsamer Fuß- und Radweg). Es wäre schön, wenn das Ortsamt Abhilfe schaffen könnte.*

*Vielleicht könnten Sie das Thema in den Beirat einspeisen, soweit der Beirat sich noch nicht mit dem von mir beschriebenen Themenkomplex beschäftigt hat.*

*Da ich gerade meckere, schlage ich die Aufstellung von Hundekotbehältern vor. Eltern, deren Kleinkinder auf den seitlichen Grünstreifen herumstreifen und dabei sich ihr Schuhwerk mit Hundekot verschmutzen, werden es dem Ortsamt und den betroffenen Gremien danken. Ich bin sicher, dass die überwiegende Zahl der Hundebesitzer, die ihre Hunde auf den Seitenstreifen koten lassen, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere in den Kotbehältern entsorgen werden. Wenn dann auch noch die Behälter regelmäßig geleert werden, wird das Zusammenleben der verschiedenen Interessengruppen besser werden.*

*Ich verstehe, dass im Ortsamt viele wichtige Themenkomplexe, vielleicht wichtigere Probleme, bearbeitet und behoben werden müssen; aber bei regelmäßigen Spaziergängen auf dem Weg nervt die Verschmutzung durch die Pferde schon sehr.*

Carsten Koczvara merkt an, dass er die beschriebenen Vorgänge nur bestätigen könne und fragt, ob nicht ein Verkehrszeichen „Reiten verboten“ aufgestellt werden könnte. Dirk Bülow (Polizei Bremen) teilt mit, dass Wege nicht beschädigt werden dürfen. Man müsse sich die Örtlichkeiten ansehen. Sebastian Mannl ergänzt, dass nach der Straßenverkehrsordnung - losgelöst von der Frage, ob dort geritten werden darf oder nicht - Verunreinigungen nach dem Verursacherprinzip unverzüglich zu entsorgen sind. Rainer Conrades ergänzt, dass das Entfernen von Hinterlassenschaften von Hunden und Pferden gleichermaßen für die Besitzer:innen dieser Tiere gelte.

Jörn Hermening teilt mit, dass das Ortsamt das Anliegen von Manfred Kröger mit den zuständigen Stellen besprechen und Rückmeldung geben werde.

### **TOP 3 Antrag der Grünen zum TOP " Vorstellung des Geruchsgutachtens Könecke-Coca-Cola-Gelände" vom 14.01.2021**

Ralf Bohr stellt den folgenden Antrag „Geruchsbelastungen in Hemelingen reduzieren“ vor und begründet ihn:

*Das in der letzten Beiratssitzung am 14.01.2021 vorgestellte Geruchsgutachten für den Bereich Könecke/Coca-Cola in Bremen Hemelingen hat aufgezeigt, dass es in Hemelingen weiterhin hohe Geruchsbelastungen gibt. Durch eine Bestimmung der hedonischen Geruchswirkung wurde die zu hohe Anzahl der Gerüche (Anzahl der Jahresstunden) „berichtigt“, die Anzahl der geruchsintensiven Jahresstunden damit auf 9 bis 12 % gesenkt (Grenzwert 10%) und eine Bebauung der Bereichs Könecke/Coca-Cola ermöglicht. Schon durch das Geruchsgutachten vom 31.07.2008 wurde festgestellt, dass in Teilen von Hemelingen die Vorgaben der Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL) deutlich überschritten werden.*



*Auch ein Geruchsgutachten im Bereich der Diedrich-Wilkens-Straße vom 18.05.2016 kam zu einem schlechten Ergebnis. In 20 bis 25 % der Jahresstunden wurden Gerüche durch die Coffein Compagnie, Jacobs Douwe Egberts und teilweise auch durch das Asphaltmischwerk Deutag emittiert. Daraufhin wurde die Planung für den in der Diedrich-Wilkens-Straße geplanten Wohnungsbau eingestellt, weil die Geruchsbelastungen viel zu hoch waren. Nun mit dem Gutachten vom 02.10.2020 ist man für den Bereich Könecke/Coca-Cola gerade so über die Geruchshürde gekommen, aber die Geruchsbelastung in Hemelingen ist nach wie vor hoch und beeinträchtigt die Lebensqualität der Bürger\*innen erheblich.*

*Daher fordert der Beirat Hemelingen vom Senat:*

- 1. Zeitnah ein Konzept zu erarbeiten wie die Geruchsbelastung in Hemelingen in den nächsten Jahren konsequent gesenkt werden kann und dieses Konzept mit dem Beirat zu beraten.*
- 2. Die geruchsemittierenden Betriebe regelmäßig zu überwachen und auf Einhaltung geruchsmindernder Verfahren zu überprüfen.*
- 3. Grundsätzlich vor einer Immissionsbeurteilung zu prüfen, ob die nach dem Stand der Technik gegebenen Möglichkeiten zur Verminderung der Emissionen ausgeschöpft sind oder ob neuere Verfahren und Technik zu einer Reduzierung der Geruchsbelastung führen kann.*
- 4. Die Unternehmen zu motivieren in moderne Umwelttechnik zu investieren.*

Durch div. Hinweise von Beiratsmitgliedern ist ersichtlich, dass die einzelnen Forderungen getrennt abgestimmt werden sollen.

Jörn Hermening lässt sodann über die einzelnen Forderungen wie folgt getrennt abstimmen.

*Der Beirat Hemelingen fordert:*

- 1. Zeitnah ein Konzept zu erarbeiten wie die Geruchsbelastung in Hemelingen in den nächsten Jahren konsequent gesenkt werden kann und dieses Konzept mit dem Beirat zu beraten.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

*Der Beirat Hemelingen fordert:*

- 2. Die geruchsemittierenden Betriebe regelmäßig zu überwachen und auf Einhaltung geruchsmindernder Verfahren zu überprüfen.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 9 Enthaltungen)

*Der Beirat Hemelingen fordert:*

- 3. Grundsätzlich vor einer Immissionsbeurteilung zu prüfen, ob die nach dem Stand der Technik gegebenen Möglichkeiten zur Verminderung der Emissionen ausgeschöpft sind oder ob neuere Verfahren und Technik zu einer Reduzierung der Geruchsbelastung führen kann.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen)

*Der Beirat Hemelingen fordert:*

*4. Die Unternehmen zu motivieren, in moderne Umwelttechnik zu investieren.*

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 9 Enthaltungen)

#### **TOP 4 Bericht zum aktuellen Sachstand KiTa-Ausbau**

Jörn Hermening verliest die einzelnen Standorte und gibt zu den einzelnen Einrichtungen erläuternde Worte ab. Die Liste mit dem aktuellen Stand der Kita-Ausbauprojekte im Stadtteil Hemelingen ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

#### **TOP 5 Lärmschutz Autobahnzubringer und A1**

Sönke Zulauf teilt mit, dass die Autobahn GmbH den Zuständigkeitsbereich für die A 1 zum 01.01.2021 übernommen habe. Die Erwartungshaltung an die Autobahn GmbH bzgl. des Lärmschutzes sei sehr groß. Er könne jedoch zurzeit keine konkreten Maßnahmen vorstellen. Zunächst erfolge eine Bestandsaufnahme. Man sei im Austausch mit dem ASV – es werde aber noch einen großen Wissenstransfer geben müssen. Eine zeitliche Perspektive könne er nicht benennen, man sei zurzeit in einer Einarbeitungsphase und benötige auch noch entsprechendes Personal. Lärmschutz sei ein wichtiges Thema.

Stellan Teply ergänzt, dass Sönke Zulauf den Sachstand gut dargestellt habe. Die Baulast / die Zuständigkeit liegt beim Bund; also müssen Maßnahmen über die Lärmsanierung des Bundes laufen. Beim Autobahnzubringer sehe er von städtischer Seite keine Möglichkeit. Freiwillige Maßnahmen der Stadt seien ihm nicht bekannt. Bis 2016 gab es ein Programm zum passiven Lärmschutz, welches auch zum damaligen Zeitpunkt von der Bevölkerung in Anspruch genommen wurde. Danach habe es keine größeren Anfragen mehr gegeben.

Unabhängig davon sei es von der aktuellen Haushaltssituation her gar nicht möglich, ein neues Programm aufzustellen.

Ellen Irrsack teilt mit, dass sie das betr. Aufgabengebiet erst neu übernommen habe und diesbzgl. Programme ihr noch nicht bekannt seien. Aus gesundheitlicher Sicht sei Lärm ab einem gewissen Pegel keinesfalls „gesundheitsfördernd“.

Ralf Bohr teilt mit, dass durch nächtliche Geschwindigkeitsreduzierungen und Erneuerung der Lärmschutzwände der Lärm reduziert werden könnte. Die Lärmschutzwände müssten nach seinem Kenntnisstand ca. 30 Jahre alt sein. Sönke Zulauf nimmt diesem Hinweis mit, gibt aber auch zu bedenken, dass die DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) einen Ausbau der A1 plane und aus wirtschaftlichen Gründen wohl vorab keine Erneuerung der Wände anstrebe. Für eine nächtliche Geschwindigkeitsreduzierung müsse es auch eine gesetzliche Grundlage geben. Sebastian Mannl teilt mit, dass die A1 stark belastet sei. Das ASV habe sich auch mit dem Thema Lärmsanierung befasst. Es wurden auch Sanierungen durchgeführt als die Werte noch höher waren. Die Lärmschutzwände seien nach seinem Kenntnisstand in den Jahren 2010 – 2014 aufgestellt worden.

Ein Teilnehmender teilt mit, dass er im Sommer aufgrund des Lärms der von der Autobahn käme, nicht bei offenen Fenster schlafen könne. Er würde einen Lückenschluss in den dortigen Lärmwänden sehr begrüßen.

Jörn Hermening merkt an, dass der Beirat in der Vergangenheit div. Forderungen zur Lärmaktionsplanung gestellt hat.

## **TOP 6 Vorstellung der Planungen für Gastronomie und Weiteres im Gebäude von Wilkens-Silberwaren**

Lüder Kasten teilt mit, dass im historischen Gebäude der Wilkens Silbermanufaktur im Bereich der Hemelinger Bahnhofstraße und Godehardstraße ein weiterer Braustandort der Union Brauerei mit Restaurant, Veranstaltungsräumen und großem Biergarten sowie der neue erweiterte Standort der Union Rösterei geplant werde. Veranstaltungsräume sollen auf vielfältige Möglichkeiten für private Feiern, Musikveranstaltungen und Firmen-Events ausgelegt werden.

Auf die Fragen von Carsten Koczvara, nach den Parkmöglichkeiten für Besucher:innen, die zu größeren Veranstaltungen etc. kommen werden, antwortet Lüder Kasten, dass er zum einen in Gesprächen mit den umliegenden Geschäften (wg. einer Nutzung ihrer Parkmöglichkeiten) und der Fa. Wohninvest (Eigentümerin ehemaliges Coca-Cola-Gelände) sei. Zum anderen sei aber auch die Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln optimal. Weiterhin müsse er nach der Stellplatzverordnung ohnehin entsprechende Parkplätze nachweisen.

Jens Dennhardt (sachkundiger Bürger im Fachausschuss „Stadtteilentwicklung und Wirtschaft“) weist auf evtl. Geruchs- und Lärmbelastungen für die Bevölkerung hin. Lüder Kastens antwortet, dass er bereits in der Planungsphase sich mit der Geruchs- und Lärmproblematik befasst habe. In Walle - dort befindet sich die Union Brauerei in einem reinen Wohngebiet - gebe es keine ihm bekannten Beschwerden.

Angelika Brandt begrüßt die Ideen für diesen Standort. Hans-Peter Hölscher schließt sich Angelika Brandt an und ergänzt, dass dies ein „Leuchtturmprojekt für Hemelingen“ werden könne. Man müsse zusammen versuchen, die genannten Probleme zu lösen.

Lüder Kastens teilt abschließend mit, dass er heute „noch nicht allzu viel verraten wolle“, da es in ca. 2 Wochen eine Projektvorstellung geben werde, zu der er den Beirat herzlich einlädt.

## **TOP 7 Beiratsverschiedenes**

### Verwaltungsrechtssache Janko gegen Beirat Hemelingen

Jörn Hermening verliest in der Verwaltungsrechtssache Uwe Janko gegen den Beirat Hemelingen (vertreten durch den Beiratssprecher Uwe Jahn) Auszüge aus dem Beschluss des Verwaltungsgerichts:

*Dem Antragsgegner wird vorläufig aufgegeben, Beratungen und Abstimmungen über Sachthemen in nichtöffentlicher Sitzung in seinem Ausschuss Koordinierung zu verhindern. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.*

### *Die Kosten des Verfahrens trägt die Stadtgemeinde*

Uwe Jahn teilt mit, dass er an dieser Stelle nicht auf den Beschluss des Verwaltungsgerichtes eingehen wolle; ihn habe es aber zutiefst erschüttert, dass ein Beiratsmitglied ihm Zwangsgeld bzw. ersatzweise Zwangshaft angedroht habe. Man hätte alles mit ihm besprechen können. Ralf Bohr ergänzt, dass es ihm ähnlich ginge. Er ist seit 2003 im Beirat und habe schon einiges erlebt. Man könne gegen den Beschluss des Gerichtes Beschwerde einlegen. Der Koordinierungsausschuss müsse nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter nicht-öffentlich tagen.

Jörn Hermening teilt mit, dass Uwe Jahn zur Fristwahrung vorsorglich Beschwerde eingelegt habe. Diese müsse jedoch noch bis Ablauf der Frist begründet werden.

Uwe Janko teilt mit, dass es formaljuristische Dinge gebe. Der Beiratssprecher vertrete den Beirat. Die Einlegung einer Beschwerde durch den Beiratssprecher sei legitim. Im Koordinierungsausschuss wurden Sachthemen an der Öffentlichkeit vorbei diskutiert, ihn gehe es um Transparenz für die Öffentlichkeit, in anderen Stadtteilen funktioniere das auch.

Carsten Koczvara merkt an, dass er nicht den Eindruck habe, dass im Koordinierungsausschuss Themen behalten wurden, die später öffentlich nicht behandelt wurden. Harry Rechten ergänzt, dass im Koordinierungsausschuss Vorbereitungen / Vorbereitungen für die öffentlichen Sitzungen gelaufen seien. Christian Meyer merkt an, dass dieses Verwaltungsgerichtsverfahren völlig unnötig gewesen sei; die Beiratsmitglieder wollen gemeinsam für den Stadtteil etwas erreichen. Hans-Peter Hölscher schlägt vor, dass die Beschwerde zurückgezogen und Thema bei der Arbeitsgruppe Evaluierung des Beiräte-Ortsgesetzes des " Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte" (BüBei) eingebracht werden könnte. Ralf Bohr und Gerd Scherer plädieren hingegen für eine gerichtliche Befassung. Jörn Hermening merkt an, dass der Beschluss sofort umzusetzen sei – eine Beschwerde habe keine aufschiebende Wirkung. Harry Rechten bemerkt, dass es für ihn auch wichtig sei, dass die Öffentlichkeit Diskussionen des Beirates mitverfolgen kann. Die Beratung über die weitere Vorgehensweise konnte ja aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsgerichtes nicht im Koordinierungsausschuss, sondern nur auf der heutigen Sitzung erfolgen. Evtl. könne der Beirat beschließen, dass ein neuer Fachausschuss gebildet wird. Angelika Brand schlägt vor, dass Beschwerde eingelegt und anschließend die Arbeitsgruppe zur Evaluierung des Beiräte-Ortsgesetzes sich befassen könnte. Weiterhin könnten jeden Monat auch zwei Beiratssitzungen durchgeführt werden. Ralf Bohr merkt an, dass der Beirat arbeitsfähig bleiben müsse. Evtl. könnte tatsächlich ein neuer Ausschuss mit den gleichen Aufgaben des Koordinierungsausschusses gebildet werden.

Ein Teilnehmender aus der Bevölkerung teilt mit, dass er die Sitzungen des Beirates schon länger verfolge und sich als Bürger nicht desinformiert fühle.

Uwe Jahn bedankt sich für dieses Feedback und teilt mit, dass die Beschwerde u. a. wegen Fristwahrung von ihm eingelegt worden sei. Die Beschwerde müsse noch begründet werden. Er könne sich jedoch nicht vorstellen, dass das Verwaltungsgericht die Bürgerschaft auffordern werde, das Orts- und Beirätegesetz zu ändern.

Jörn Hermening bittet – auch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit –, dass die Beiratsmitglieder ihre Begründungen für eine Beschwerdeeinlegung Uwe Jahn übersenden.

Um eine Zwischenlösung für die weitere Arbeitsweise des Beirates zu finden, schlägt er vor, dass am 17.02.2021 um 16:30 Uhr (ehem. Sitzungstermin des Koordinierungsausschusses) eine Beiratssitzung als inhaltliche Fortführung dieser Diskussion anberaumt werden könnte. Auf dieser Sitzung könnte die weitere Beratung über die Einlegung einer Beschwerde, die Anträge des Beirats zur Haushaltsaufstellung 2022/2023 (Fristende: 26.02.2021) sowie die Globalmittelvergabe erfolgen.

Da gemäß § Orts- und Beirätegesetz auf Antrag von einem Viertel der Beiratsmitglieder eine Beiratssitzung innerhalb von zwei Wochen stattfinden muss, bittet er um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (17 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Jörn Hermening schließt die Sitzung um 22:04 Uhr.

gez. Hermening  
Vorsitzender

gez. Jahn  
Beiratssprecher

gez. Lüerssen  
Protokoll